Von:
Gesendet: Mittwoch, 16. November 2011 08:31
An: Kordfelder, Dr. Angelika
Cc: Kuhlmann, Jan; Lütkeemeier, Werner; Kersting, Julia
Betreff: Anregung nach § 24 GO NRW

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,

aus den Vorlagen 326 / 11 vom 13. September 2011 und 408 / 11 vom 08. November 2011 des Haupt- und Finanzausschusses ist die Behandlung von Anregungen nach § 24 GO NRW durch die Stadt Rheine ersichtlich. Insofern wird auf die Vorlagen verwiesen. Nach Rücksprache hat die Staatskanzlei des Landes NRW folgendes mitgeteilt:

Lieber Herr ...
die Kommunen sind verpflichtet, sich mit schriftlich vorgetragene[n] Angelegenheiten zu befassen und dazu Stellung zu nehmen. Der Rat muss sich jedoch nicht selbst mit jeder Angelegenheit befassen, er kann auch einen der Ausschüsse damit betrauen. Die Stellungnahme des Rates oder des Ratsausschusses muss dem Antragsteller mitgeteilt werden. Dieser Anspruch kann vor den Verwaltungsgerichten geltend gemacht werden. Ich stelle unter Hinweis auf die Vorlagen 326/11 und 408/11 fest, dass sich die Stadt Rheine nicht mit den schriftlich vorgetragene[n] Angelegenheiten befasst und dazu Stellung genommen hat. Insofern konnte dem Antragsteller auch keine Stellungnahme zugesandt werden.

Insofern rege ich nach § 24 GO NRW an, dass die Bearbeitung von Anregungen nach § 24 GO NRW in der Gestalt durch die Stadt Rheine durchgeführt wird, dass sie den kommunalverfassungsrechtlichen Grundsätzen entspricht.

Damit u. a. zu Anregungen nach § 24 GO NRW die Stadt Rheine Stellung nimmt.

Ich bitte den Eingang dieser Anregung zu bestätigen und in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 29. November form- und fristgemäß zu behandeln. Danke.

Mit freundlichen Grüßen